

Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz			Sitzungsprotokoll L-14
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 17.11.2016	Sitzungsbeginn: 14.30 Uhr	Sitzungsende: 15:18 Uhr	Sitzungsort: Siemenshochhaus, Contrescarpe 72, Raum 107
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Dr. Dr. Buhlert			

Dr. Dr. Magnus Buhlert (FDP) eröffnet die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

### TOP 1

Die Deputation berät über die vorgeschlagene Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 15.09.2016	
TOP 3	Entwurf einer Fünften Verordnung zur Änderung der Weiterbildungs- und Prüfungsverordnung für Pflegefachkräfte	L-51-19
TOP 4	Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den wissenschaftlichen Beirat des Bremer Krebsregisters	L-52-19
TOP 5	Gesetz zur Änderung des Bremischen Ladenschlussgesetzes	L-55-19
TOP 6	Fortsetzung von Maßnahmen aus dem 3. Sofortprogramm und dem Integrationsbudget: –Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung für Zuwendungen an den Sozialpsychiatrischen Dienst in 2017	S-32-19 L-57-19 (von der TO genommen, da vorherige Senatsbefassung am 29.11.2016 nötig)
TOP 7	Sitzungstermine 2017	
TOP 8	Berichtsbitte FDP „Beschlüsse der Fachministerkonferenzen – VSMK“	L-56-19
TOP 9	Verschiedenes	

<b>TOP 1</b>	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>
Staatsrat Kück erläutert die Aussetzung von TOP 6. Die Deputation beschließt für die Vorlage ein Umlaufverfahren.	
<b>Beschluss</b> Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt der vom Staatsrat vorgeschlagenen Änderung der Tagesordnung zu.	

<b>TOP 2</b>	<b>Protokoll der Sitzung vom 15.09.2016</b>
Herr Bensch (CDU) bittet darum, dass – falls es bei Verlaufsprotokollen der Deputation bleibe – ein umfassender Verlauf der Diskussionen wiedergegeben werden sollte.	
<b>Beschluss:</b> Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz verabschiedet das Protokoll vom 15.09.2016.	

**TOP 3** | Entwurf einer Fünften Verordnung zur Änderung der Weiterbildungs- und Prüfungsverordnung für Pflegefachkräfte  
(Vorlage L-51-19)

Herr Dr. Buhlert fragt, ob es Erläuterungsbedarf gebe.

Die staatliche Deputation stimmt der Vorlage zu.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf einer Fünften Verordnung zur Änderung der Weiterbildungs- und Prüfungsverordnung für Pflegefachkräfte zu.

**TOP 4** | Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den wissenschaftlichen Beirat des Bremer Krebsregisters  
(Vorlage L-52-19)

Staatsrat Kück erläutert die Vorlage.

Die staatliche Deputation stimmt der Vorlage zu.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den wissenschaftlichen Beirat des Bremer Krebsregisters zu.

**TOP 5** | Gesetz zur Änderung des Bremischen Ladenschlussgesetzes  
(Vorlage L-55-19)

Herr Welt (SPD) möchte wissen, warum die vorgeschlagene Regelung beim Ladenschluss auf drei Jahre befristet wird.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt erklärt, dass dem geplanten Branchendialog zwischen Arbeitgeberinnen und Arbeitsgeber und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht vorgegriffen werden sollte – daher die Befristung auf drei Jahre.

Herr Saffe (BÜNBNIS 90/ Die Grünen) merkt an, dass die Menschen ihre Konsummuster kritisch hinterfragen sollten.

Herr Dr. Buhlert (FDP) erklärt die Ablehnung der FDP Fraktion: man müsse auch die Konkurrenz zwischen den Ladengeschäften und dem Internet vor Augen haben – im Internet, könne man rund um die Uhr, sieben Tage die Woche einkaufen.

Herr Bensch (CDU) erklärt, dass die CDU der Vorlage zustimmt. Dennoch merkt Herr Bensch an, dass sich die Politik in den kommenden Jahren mit der „maximal neun Tagen, maximal 15 Veranstaltungen“-Regelung grundsätzlich auseinandersetzen muss. Alle Verbände forderten derzeit eine bundesweite Regelung mit mindestens zehn verkaufsoffenen Sonntagen.

Herr Welt (SPD) stimmt Herrn Bensch zu. In Bremerhaven müssten beispielsweise Passagiere von Kreuzfahrtschiffen auch die Möglichkeit haben, einkaufen zu gehen. Man müsse die Regelungen in den kommenden Jahren erneut überprüfen.

Frau Dr. Kappert-Gonther (BÜNDNIS 90/Die Grünen) stimmt für ihre Fraktion der Vorlage ebenfalls zu – hier sei ein vernünftiger gesellschaftlicher Kompromiss gefunden worden. Frau Dr. Kappert-

Gonther kritisiert, dass zwar Geschäfte und Videotheken an Sonntagen öffnen würden, aber nicht die städtischen Bibliotheken.

Herr Erlanson (DIE LINKE) stimmt der Vorlage nicht zu. Natürlich sei die Befristung grundsätzlich gut, aber ähnlich wie der DGB und die Arbeitnehmerkammer sei auch die Fraktion DIE LINKE der Meinung, dass es auch bei den Sonntagsöffnungszeiten Grenzen geben müsse – das betreffe nicht nur gläubige Menschen.

Staatsrat Kück erinnert daran, dass eine Ausweitung der Öffnungszeiten durchaus kritisch gesehen werde und daher im Rahmen eines breiten gesellschaftlichen Diskurses erörtert werden müsste.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt zu, dass die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Ladenschlussgesetzes dem Senat zur Beschlussfassung zuleitet.

<b>TOP 6</b>	<b>Fortsetzung von Maßnahmen aus dem 3. Sofortprogramm und dem Integrationsbudget: –Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung für Zuwendungen an den Sozialpsychiatrischen Dienst in 2017 (Vorlage L-57-19/S-32-19)</b>
--------------	--

(von der TO genommen, da vorherige Senatsbefassung am 29.11.2016 nötig)

Staatsrat Kück erläutert die Vorlage und den Grund für die Aussetzung und den potentiellen Umlaufbeschluss.

Herr Erlanson (DIE LINKE) fragt, ob im Rahmen dieser Vorlage auch Kürzungen vorher bewilligter Projekte beschlossen würden.

Staatsrat Kück erläutert, dass im Bereich der Personalmittel die Budgets nicht voll ausgeschöpft wurden. Dafür sei aber keine Verpflichtungsermächtigung nötig – es gehe in der vorliegenden Vorlage nur um konsumtive und investive Mittel.

<b>TOP 7</b>	<b>Sitzungstermine 2017 (Vorlage L53-19/S-31-19)</b>
--------------	--

Die Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz beschließt die Sitzung am 12. Januar um eine halbe Stunde auf 15 Uhr zu verschieben.

**Beschluss:**

Die staatliche und städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt den vorgenannten Sitzungsterminen zu.

<b>TOP 8</b>	<b>Berichtsbitte FDP „Beschlüsse der Fachministerkonferenzen – VSMK“ (Vorlage L-56-19)</b>
--------------	--

Herr Saffe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedankt sich für den Bericht. Herr Saffe merkt an, dass diese Beschlüsse auch im Internet einzusehen seien. Grundsätzlich begrüßt Herr Saffe, dass sich die VSMK mit Themen wie beispielsweise der Transparenz von Provisions- und Honorarmodellen von Finanzberaterinnen und Finanzberatern beschäftigt. Leider werde die Klimafreundlichkeit von Finanzprodukten im Rahmen dieser Tagesordnung nicht näher beleuchtet. Zu diesem Thema habe

es kürzlich eine sehr gute Veranstaltung der Verbraucherschutzzentrale und des Ressorts gegeben. Außerdem begrüßt Herr Saffe, dass im Rahmen der VSMK die Strategie gegen Lebensmittelverschwendung nun Form annehme.

Frau Dehne (SPD) dankt für den Bericht. Auch sie freut sich über die Vorhaben im Bereich der Finanzprodukte. In diesem Bereich leiste die Bremer Verbraucherschutzzentrale eine hervorragende Arbeit und sei dafür über die Grenzen des Bundeslands hinaus bekannt. Auch begrüßt Frau Dehne, dass sich die Verbraucherschutzministerinnen und -minister um die Themen Gender Pricing und Marktwächter kümmern.

Herr Dr. Buhlert (FDP) merkt an, dass es standort- und tageszeitabhängig sei welche Preise man beispielsweise im Bereich Elektroartikel bezahle. Darüber müssten Verbraucherinnen und Verbraucher informiert werden.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt ergänzt, dass dies auch bei Reisen der Fall sei – insbesondere auch beim wiederholten Aufrufen gleicher Reiseziele auf Internetplattformen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher hätten zwar Macht, es sei aber unter Umständen schwierig die Kontrolle zu behalten.

Herr Dr. Buhlert (FDP) stimmt dem zu und betont, dass es wichtig sei, keine Cookies zu benutzen.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt bedankt sich für das Lob der Veranstaltung zur nachhaltigen Altersvorsorge im Rahmen des Verbraucherschutzdialogs – der kommende Verbraucherschutzdialog werde sich mit dem Thema Ernährung beschäftigen.

Frau Dr. Hanke (SWGK) ergänzt, dass es insbesondere um kohlenhydrathaltige Ernährung beispielsweise versteckte Zucker gehe. Es sei eine gemeinsame Veranstaltung mit der Landesvereinigung für Gesundheit und dem BIPS (Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie) geplant.

Herr Dr. Buhlert bedankt sich für den Bericht und bittet Frau Dr. Hanke den Dank an die Kolleginnen und Kollegen weiterzuleiten.

### **Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **TOP 9 | Verschiedenes**

### **Brief von Herrn Tintelott:**

#### **1. Zwangseinweisungen**

Herr Utschakowski (SWGK) erläutert zum ersten Punkt des Briefes von Herrn Tintelott:

Voraussetzung für eine Zwangsbehandlung sei bisher eine Zwangsunterbringung. Der § 1906 des BGB soll geändert werden. Das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt, dass auch nicht bewegungsfähige Menschen einer Zwangsbehandlung zugeführt werden sollen. Es gebe allerdings in der Bevölkerung Ängste - insbesondere bei Menschen mit Psychiatrieerfahrungen - dass so durch die Hintertür eine ambulante Zwangsbehandlung ermöglicht werden soll. Herr Utschakowski erklärt, dass es zwar notwendig sein kann, auch nicht bewegungsfähige Menschen einer Zwangsbehandlung zuzuführen, dass aber gleichzeitig streng darauf geachtet werden muss, dass dadurch nicht ambulante Zwangsbehandlungen eingeführt werden.

Herr Dr. Buhlert (FDP) und Frau Dr. Kappert-Gonthier (BÜNDNIS 90/Die Grünen) bitten Herrn

Utschakowski, die Deputation über die Verhandlungen zum § 1906 BGB auf dem Laufenden zu halten.

Herr Utschakowski (SWGTV) sagt dies zu.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt verspricht das Thema eng zu begleiten – u.U. auch im Rahmen des Bundesrats und/oder der GesundheitsministerInnenkonferenz entsprechende Entschließungen zu erwirken.

## **2. Außer-Kraft-Setzen von PatientInnen-Verfügungen**

Herr Utschakowski (SWGTV) erklärt den zweiten Punkt des Briefs von Herrn Tintelott.

Es geht um Menschen, die über eine PatientInnen-Verfügung verfügen, die bei akuten psychiatrischen Behandlungen aufgefördert werden, diese Verfügung außer Kraft zu setzen.

Herr Utschakowski (SWGTV) versichert, dass er dem Fall/den Fällen nachgehen werde und verspricht der Deputation zu berichten.

## **3. Maßregelvollzug im PsychKG**

Herr Tintelott sei dagegen, dass der Maßregelvollzug im Rahmen des PsychKG mitbehandelt wird.

Herr Utschakowski (SWGTV) erläutert, dass in der Vorbereitungsgruppe zur Reform des Gesetzes bisher der Tenor gewesen sei, dass weiterhin der Maßregelvollzug im PsychKG behandelt werden sollte. Allerdings sollte zukünftig klarer formal innerhalb des Gesetzes der Maßregelvollzug abgegrenzt werden.

Frau Dr. Kappert-Gonther (BÜNDNIS 90/Die Grünen) sagt, dass die Deputation es mindestens für sinnvoll halte, dass eine solche formale Abgrenzung im Gesetz vorgesehen werden sollte.

Die Deputation stimmt dem Vorschlag von Frau Dr. Kappert-Gonther zu.

Herr Dr. Buhlert (FDP) und der Staatsrat danken Herrn Utschakowski für seinen Beitrag.

Herr Bensch (CDU) ergänzt, dass er sich bei Herrn Utschakowski für die gestrige Veranstaltung zur „Psychiatrie 2.0“ bedanken möchte. Herr Bensch begrüßt, dass die Senatorin in ihrem Grußwort klare Worte gefunden hat – grundsätzlich sei man auf einem guten Weg, den Bürgerschaftsbeschluss umzusetzen. Es sei zwar noch ein langer und harter Weg, aber es gebe viel guten Willen und hervorragenden Sachverstand in Bremen - man dürfe die Bemühungen nicht kaputt reden.

Auf Nachfrage von Frau Dehne sagt Herr Utschakowski zu, Herrn Tintelott auf seinen Brief zu antworten und die Deputation in Kenntnis zu setzen.

## **Vogelgrippe:**

Herr Saffe fragt nach der Situation in Bremen.

Frau Dr. Hanke (SWGTV) erläutert, dass es 2006 einen Virus gegeben habe, der auch auf Menschen übertragen werden konnte. Der Typ um den es sich momentan handelt, „H5N8“, ist seit 2014 bekannt und tritt vornehmlich bei Wassergeflügel im asiatischen Raum auf. Im Gegensatz zu dem Virus 2006 sei „H5N8“ für die Menschen nicht ansteckend.

Am Morgen habe es ein Treffen gegeben, bei dem Feuerwehr, Polizei, die senatorische Behörde

für Inneres und die städtischen Reinigungsdienste aus Bremen und Bremerhaven anwesend waren, um ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen.

Frau Dr. Hanke (SWGv) verteilt Informationen des Siegfried-Loeffler-Instituts. Momentan werde die Lage genau analysiert – insbesondere die Situation in Niedersachsen. Bzgl. des Stallgebots stellt Frau Dr. Hanke (SWGv) klar, dass dies eine präventive Maßnahme zum Schutz des Nutzgeflügels sei. In Bremen gebe es viele Kleinstanlagen. Momentan würden tote Vögel untersucht, bisher habe es keinen positiven Befund gegeben – ein solcher Fall könne aber jederzeit auftreten.

Herr Saffe (SWGv) stellt eine Nachfrage zum Stallgebot. Frau Dr. Hanke erklärt, dass es sich dabei um eine Pflicht handele – es gebe bereits Anträge auf Ausnahme, solche wären aber zu aufwendig zu kontrollieren und würden daher nicht stattgegeben.

**Frischeiprodukte:**

Herr Saffe (SWGv) erläutert seine Nachfrage.

Frau Dr. Hanke (SWGv) erklärt, dass der Leitfaden Hygiene in Schulküchen in Zusammenarbeit von SKB und SWGV erstellt worden sei: im Leitfaden wird empfohlen, rohes Frischei nur zu benutzen, wenn erhöhte Hygienemaßnahmen getroffen werden können. Das sei eine Empfehlung, die in der Altenpflege schon lange existiere.

Herr Dr. Buhlert (FDP) schließt die staatliche Sitzung der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

---

Vorsitzender

---

Protokollführer